



ALI FATHOLLAH-NEJAD,
DEUTSCH-IRANISCHER POLITOLOGE

Iran, Israel und der Westen: Auswege aus der Bedrohungsspirale

Ein Gespräch mit dem Deutsch-Iraner Ali Fathollah-Nejad und dem Israeli Hillel Schenker

Droht im Nahen Osten ein militärischer Konflikt mit unabsehbaren Folgen, eine nukleare Auseinandersetzung zwischen Israel und dem Iran? Wenn man die öffentliche Diskussion aufmerksam verfolgt, dann scheint es im Nahen Osten zurzeit nur drei Optionen zu geben. Einen Militärschlag mit konventionellen Waffen, einen Nuklearschlag oder weiterhin eine scharfe Sanktionspolitik gegen den Iran.

Welche Alternativen möglich sind und wie die Spirale der Gewalt in beiden Ländern wahrgenommen wird, darüber diskutierten der israelische Journalist und Friedensaktivist Hillel Schenker und der deutsch-iranische Politologe Ali Fathollah-Nejad in Berlin auf Einladung der IPPNW und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Ali Fathollah-Nejad: Der Westen hat gegenüber dem Iran von Anfang an auf Zwangsdiplomatie gesetzt. Zwangsdiplomatie bedeutet, den politischen Opponenten so sehr unter Druck zu setzen, dass dieser dann zu Konzessionen bereit ist. Diese diplomatische Strategie ist nicht um einen Interessenausgleich bemüht, sondern zielt auf eine Defacto-Kapitulation des Iran. Aus iranischer Perspektive besteht ein Sicherheitsdefizit, das sich im Zuge der neokonservativen Kriege der letzten Dekade durch die vermehrte militärische Präsenz der Amerikaner in der Region verschärft hat. Weil der Westen versäumt hat, die legitimen Sicherheitsinteressen des Iran zu berücksichtigen, hat die Zwangsdiplomatie versagt. Das Ausbleiben einer Konfliktlösung führte zu einer stetigen Eskalation des Konflikts.

Forum: Was bewirkt die Sanktionspolitik des Westens im Iran?

Fathollah-Nejad: In Kürze ausgedrückt haben Sanktionen den legalen Handel illegalisiert. Die Lage im Iran hat sich in den letzten Monaten dramatisch verschärft. Die Preise galoppieren und die iranische Währung hat fast die Hälfte ihres Werts verloren. Wer den Preis von Sanktionen zu zahlen hat, ist eindeutig die Zivilbevölkerung. Denn die Herrschenden verfügen über die Ressourcen, Mittel und Wege für den Preis der Sanktionen aufzukommen. Damit bauen sie auch ihre Machtposition gegenüber der zivilen Wirtschaft aus. Unterm Strich führt die Sanktionspolitik dazu, dass sich der Machtvorsprung der Elite gegenüber der Zivilgesellschaft vergrößert. Eine von wirtschaftlichen Nöten immer stärker geplagte Zivilgesellschaft gerät so zunehmend in einen Belagerungszustand zwischen einem autoritären Regime einerseits und Kriegsdrohungen und Sanktionsfolgen andererseits. Insgesamt hat auch die westliche Politik in der Region dazu beigetragen, dass im Iran durch diese äußere Drohkulisse, der Militarisierungsprozess von Staat und Gesellschaft weiter vorangetrieben wurde. Statt in einen bewaffneten Konflikt hineinzugeraten, sollte man einen Prozess des Interessenausgleichs anstoßen, und Perspektiven für Sicherheit und Zusammenarbeit anbieten. Es ist äußerst besorgniserregend, dass eindeutige Signale hin zur Deeskalation und Konfliktlösung auch aus Deutschland nicht zu vernehmen sind.

Forum: Wie nimmt die israelische Bevölkerung die Debatte über einen Angriff auf iranische Atomanlagen wahr?

Hillel Schenker: In Israel fürchtet sich natürlich jeder vor einer nuklearen Bewaffnung des Iran. Öffentliche Meinungsumfragen sagen darüber eine Menge aus. So wurde die israelische Bevölkerung z. B. gefragt, wie sie auf eine nukleare Bewaffnung des Iran reagieren würden. 25 % der Befragten gaben an, sie würden in diesem Fall in Erwägung ziehen, das Land zu verlassen. Eine andere Umfrage untersuchte, ob die Befragten der Aussage zustimmen würden, dass Israel seine Nuklearwaffen aufgibt und Teil einer atomwaffenfreien Zone wird, wenn sich dadurch verhindern ließe, dass der Iran Nuklearwaffen erlangt. Die Mehrheit der Bevölkerung gab an, auch diese Option zu unterstützen.



Forum: Die iranische Führung behauptet, nur an der zivilen Nutzung der Kernenergie interessiert zu sein. Ist diese Aussage überzeugend?

Fathollah-Nejad: Iran hat aufgrund seiner Geographie, seiner Demographie und seiner langen Kulturgeschichte einen bestimmten Platz in dieser Region. Das Land hat also einen quasi natürlichen geopolitischen Einfluss. Ein wichtiger Bestandteil der strategischen Überlegungen in Teheran ist, dass eine iranische Atombombe eher kontraproduktiv für die großstrategischen Interessen des Landes wäre. Stellen Sie sich vor, Iran hätte die Atombombe. Was würde dann passieren? Es ist wahrscheinlich, dass andere Länder nicht zu Hause sitzen und untätig bleiben würden, insbesondere die Länder, die dem Iran politisch nicht besonders freundlich gesinnt sind, also zum Beispiel die Länder des Golf-Kooperationsrates, allen voran Saudi-Arabien. Sie könnten auch auf die Idee kommen, sich die Atombombe anzuschaffen, was aber bedeuten würde, dass eine Pattsituation entstehen würde. Das wiederum würde dazu führen, dass der Iran sein natürlich bedingtes geopolitisches Gewicht einbüßen würde.

Forum: Welche Optionen in Bezug auf das iranische Atomprogramm werden in der israelischen Öffentlichkeit diskutiert?

Schenker: In der öffentlichen Diskussion gibt es gegenwärtig zwei Strategien in der Frage, wie man mit dem iranischen Nuklearprogramm umgehen soll. Die eine ist die Idee eines israelischen oder amerikanischen oder koordinierten Nuklearschlags gegen die iranischen Atoman-

lagen. Ein Großteil der Militärexperten allerdings nimmt an, dass daraus eine Gewaltspirale in der Region entsteht, die sehr viele zivile Opfer fordert und keinerlei Erfolg garantiert. Der andere Weg mit dem iranischen Nuklearprogramm umzugehen, ist eine Kombination aus Sanktionen und Verhandlungen. Doch es gibt noch eine weitere Option. Direkte Verhandlungen zwischen und mit beiden Parteien auf neutralem Boden. Diese Verhandlungen sollten die Errichtung einer nuklearwaffenfreien Zone im Nahen Osten zum Ziel haben.

Bei der Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag von Atomwaffen 2010 wurde beschlossen eine internationale Konferenz zur Einrichtung einer solchen massenvernichtungswaffenfreien Zone ins Leben zu rufen. Die Konferenz soll Ende diesen Jahres oder Anfang nächsten Jahres in Finnland unter Leitung von Jaakko Laajava stattfinden.

Forum: Wie kann die Zivilgesellschaft diese Konferenz zum Erfolg führen?

Schenker: Aus Sicht der Zivilgesellschaft ist für diese Konferenz essenziell, dass sowohl Israel als auch der Iran anwesend sein müssen. Wenn nicht beide vertreten sind, wird die Konferenz scheitern. Der zweite Punkt ist, dass die Konferenz kein einmaliges Ereignis sein darf. Sie muss der Beginn eines Prozesses sein. Drittens müssen alle Teilnehmer der Konferenz anerkennen, dass sich eine massenvernichtungswaffenfreie Zone und Frieden im Nahen Osten nicht gegenseitig ausschließen, sondern im Gegenteil voneinander abhängen und parallel stattfinden müssen.